



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Beantwortung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023

Eingereicht von: Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen

Ansprechpartner: Dr. Andreas Weichert

E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de

Besonderheiten: Antwort bis 10. Februar erbeten

Frage 1:

Inwieweit wird sich Ihre Partei, im Sinne der Empfehlungen des 7. Altenberichts, für eine zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die erfreuliche Entwicklung, dass die Menschen in Deutschland immer älter werden, bringt gleichzeitig eine hohe Verantwortung für unsere Städte mit sich, denn die Teilhabe und Lebensqualität im Alter hängt im großen Maße von der lokalen Infrastruktur und den sozialen Netzen am Wohn- und Lebensort ab. Deswegen werden wir uns entsprechend der Empfehlungen des 7. Altenberichts weiterhin dafür einsetzen, die wohnortnahe Versorgung zu stärken. Wir wollen erreichen, dass alle Angelegenheiten des täglichen Lebens wie Hausärzt:innen, Einzelhandel und Apotheke, Bus- und Bahnhaltestellen, Bank und Post, Dienstleistungszentren und Kulturangebote wohnortnah und seniorengerecht im Quartier erledigt werden können. Seniorengerechtes und bezahlbares Wohnen sowie Pflege im Quartier werden von uns besonderer Aufmerksamkeit erfahren. Ziel unserer Senior:innepolitik ist ein selbstbestimmtes Leben im Alter in der gewohnten Umgebung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Miteinander von Alt und Jung. Dafür werden wir die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

Frage 2:

Wir brauchen ein Seniorenmitwirkungsgesetz und fordern die Einrichtung eines Seniorenparlaments. Ist Ihre Partei bereit, eine solche Gesetzesinitiative in der Bremer Bürgerschaft zu unterstützen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die Unterstützung und Förderung der Seniorenvertretung ist ein relevanter Baustein zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung der Seniorinnen und Senioren in Bremen. Sie muss nachdrücklich in ihren Bestrebungen zur politischen Partizipation in allen für Seniorinnen und Senioren wichtigen Bereichen unterstützt werden. Dies werden wir als SPD aus voller Überzeugung tun. Sollte es sich zeigen, dass dafür weitere gesetzliche Regelungen oder Beteiligungselemente sinnvoll sind, so sind wir selbstverständlich bereit, diese in Zusammenarbeit mit den Seniorenvertreterinnen und -vertretern fachlich zu beraten und politisch abzuwägen.

Frage 3:

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Altersarmut zu bekämpfen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir beobachten mit Sorge die zunehmende Zahl von älteren Menschen in Bremen, bei denen das Einkommen nicht reicht, um über die Runden zu kommen. Auf Bundesebene setzt sich die Bremer SPD schon lange für eine ausreichende Rente und ein nachhaltiges Rentensystem ein. Das werden wir auch weiterhin tun. Mit der Einführung der Grundrente ist ein erster wichtiger Schritt erfolgt, der aber genau ausgewertet und nachgebessert werden muss. Das Dunkelfeld der Armut im Alter wollen wir verringern, indem wir in Bremen niedrigschwellig und proaktiv über die Grundsicherung im Alter sowie über Wohngeldansprüche informieren. Um Altersarmut vorzubeugen, von der Frauen im besonderen Maße betroffen sind, setzen wir vor allem auf die Schaffung von guter Arbeit für alle Bremerinnen und Bremer und die Beseitigung strukturell bedingter Nachteile für Frauen.

Frage 4:

Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass der Fachkräftemangel in den Bremer und Bremerhavener Pflege-/Alteneinrichtungen behoben wird und dass Entlastungsprogramme für pflegende Angehörige auf den Weg gebracht werden?

Position der SPD LAND BREMEN:

Im Land Bremen sollen sich alle Menschen auf eine qualitativ hochwertige Pflege verlassen können. Wichtigste Voraussetzung dafür ist ausreichendes, gut qualifiziertes und motiviertes Personal. Um das zu erreichen, machen wir uns in Bremen stark für eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und -zahlen in Pflegeberufen, bessere Arbeitsbedingungen und für die Entwicklung von weiteren Maßnahmen, um Pflegefachkräfte in ihrem Beruf zu halten. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Modellversuchen zur Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle, von familienfreundlichen Betriebsstrukturen und Personalentwicklungsmöglichkeiten sowie von Unterstützungsprogrammen zur Erleichterung des (Wieder-)Einstiegs in den Pflegeberuf.

Pflegende Angehörige wollen wir vor allem im Rahmen unseres Programms "Pflege im Quartier" wohnortnah besser ansprechen. Entlastungs-, Fortbildungs- sowie Gesprächsangebote und fundierte Beratung für pflegende Angehörige sind wesentliche

Bausteine. Quartiersbezogene Kontaktbüros für pflegende Angehörige nach NRW-Vorbild wollen wir als sinnvolle Ergänzung prüfen.

Frage 5:

Beabsichtigt Ihre Partei, die Kosten/Zuzahlungen, die derzeit von den zu Pflegenden getragen werden müssen, wieder staatlich zu finanzieren?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die SPD Bremen setzt sich bundesweit für eine weitreichende Entlastung der Pflegebedürftigen in Bezug auf die Kosten für Pflege und Betreuung ein (z.B. weitere Steuerzuschüsse, Umstrukturierung der Pflegeversicherung zu einer Vollkaskoversicherung, Sockel-Spitze-Tausch). Neben den Pflege- und Betreuungskosten tragen die Pflegebedürftigen in der Langzeitpflege die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Um weitere finanzielle Entlastungen zu schaffen, wollen wir die Übernahme von Investitionskosten (z.B. durch die Einführung von bedarfsabhängigem Pflegewohngeld) durch das Land in Angriff nehmen. Zudem wollen wir die staatliche Kontrolle der Investitionskosten stärken. Die Auswirkungen der Wohngeldreform zum 1.1.2023 auf die Heimbewohner*innen werden wir prüfen und berücksichtigen.

Frage 6:

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass bei Einführung des Mobilitätstickets (z. Zt. € 49) nicht nur eine digitale Version, sondern auch eine seniorenfreundliche analoge Variante eingeführt wird?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die SPD setzt sich im besonderen Maße für "Mobilität für alle" ein. Für uns soll Mobilität nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich sein. Deshalb spielt ein altersgerechtes Mobilitätsangebot in unserer Verkehrspolitik eine wichtige Rolle. Wir sprechen uns deshalb sowohl für bezahlbare Tickets wie auch für die Beibehaltung von analogen Fahrkarten aus, um sicherzustellen, dass alle Menschen, unabhängig ihres Geldbeutels oder ihrer digitalen Ausstattung, Zugang zu Mobilität genießen können und nicht von Mobilitätsangeboten ausgeschlossen werden. Außerdem soll niemand mehr als 500 Meter zur nächsten Haltestelle zurücklegen müssen. Der ticketlose ÖPNV innerhalb Bremens bleibt weiterhin unser großes Ziel.

Frage 7:

Werden Sie auf die Entscheidungsträger der Sparkasse Bremen und Bremerhaven (und anderer Geldinstitute) dahingehend einwirken, dass das Angebot an Filialen und Geldautomaten wieder erweitert wird? Das Ziel muss dabei sein, die Geldversorgung in den Quartieren, insbesondere für Senior* zu sichern?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu allem haben, was sie in ihrem Viertel für ihren täglich Bedarf brauchen. Das beinhaltet auch, dass Post- und Bankdienstleistungen dezentral in jedem Stadtteil präsent sein müssen. Hierfür setzen wir uns mit Nachdruck ein

und werden dafür insbesondere unsere Gespräche mit der Sparkasse Bremen, als größtes Geldinstitut in Bremen, fortführen.

Frage 8:

Digitale Technologien können älteren Menschen kommunikative Hilfe bei Isolation und auch zur Vermeidung von Einsamkeitsgefühlen leisten.

Wird Ihre Partei den kostenfreien Zugang zu entsprechenden Bildungsangeboten, insbesondere für Rentner*innen mit geringer Alterssicherung, ermöglichen?"

Position der SPD LAND BREMEN:

Die Nutzung digitaler Technologien ist für viele ältere Menschen ungewohnt - aber eine gute Möglichkeit Kontakt herzustellen und aufrechtzuerhalten. Beides wird auch im Rahmen der häuslichen Pflege eine wichtige Rolle spielen, denn zunehmend werden Videosprechstunden oder digitale Pflegeanwendungen genutzt werden. Wir wollen die digitale Teilhabe älterer Menschen daher weiter stärken. Bewährte Projekte wie Beratungsangebote, Laptop-Verleih und das Netzwerk Digitalambulanzen sollen fortgeschrieben, weiterentwickelt und zu einem Gesamtsystem verstetigt werden. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf Ältere in benachteiligten Quartieren. Gerade dort werden wir geeignete Unterstützungsformen wie Nachbarschaftshelfer:innen und Digitallots:innen einsetzen.

Frage 9:

Es gibt einen enormen Aufholbedarf beim Bau von geförderten altengerechten und barrierefreien Wohnungen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der aktuelle und prognostizierte Bedarf für Bremen und Bremerhaven detailliert erfasst und ein Zukunftsprogramm entwickelt wird?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die SPD ist sich der überaus angespannten Lage am Wohnungsmarkt bewusst. Nicht nur deshalb ist unsere Politik sehr stark an der Vorgabe der Bremer Landesverfassung, die allen Bewohner:innen der Freien Hansestadt Bremen das Recht auf eine angemessene Wohnung zusichert, ausgerichtet. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Wohnungsbaustrategie Bremens aus diesem Grund neu ausrichten. Ziel ist es, ein ausreichendes und differenziertes Wohnungsangebot für die verschiedenen Bedarfe der Bremer*innen sicherzustellen. Da wir wissen, dass Bremer:innen auch im Alter gerne in ihrem angestammten Quartier bleiben wollen, werden wir ein Bauprogramm „Lebenslang in meinem Quartier“ auflegen, das die Bedarfe von altersgerechtem, barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnbau feststellt, dafür Baurecht schafft und mit Wohnraumförderung unterstützt.

Frage 10:

Bremen ist eine Hochburg für Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

Wird Ihre Partei für besseren Schutz und bessere Information der älteren Menschen sorgen und die Präventionsarbeit weiter verstärken?

Position der SPD LAND BREMEN:

Die Fallzahlen zu Straftaten zum Nachteil älterer Menschen gehen erfreulicherweise seit Ende 2020 signifikant zurück, von 273 Fälle von vollendeten Taten im Jahr 2020 auf 246 Fälle im Jahr 2021. Wir bewerten die rückläufigen Fallzahlen auch als Erfolg unserer aktiven Präventionsarbeit. Gleichzeitig ist klar, dass jede vollendete Tat ebenso wie jede versuchte, aber vereitelte Tat eine zu viel ist, denn sie beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl älterer Menschen stark und die materiellen und emotionalen Folgen von vollendeten Taten, beispielsweise der Verlust von Geld oder persönlichen Wertgegenständen, sind oft kaum wieder gut zu machen. Für uns steht deshalb außer Frage, dass wir unsere Präventionsarbeit mit unverändertem Einsatz fortführen und, dass Polizei und Ermittlungsbehörden Straftaten zum Nachteil älterer Menschen weiterhin als einen Schwerpunkt in ihrer Arbeit begreifen.